

Alleinstehende

Alleinstehende Frauen und Männer in Deutschland unterscheiden sich in ihrer Altersstruktur und nach ihrem Familienstand grundlegend: Nach Zahlen des Statistischen Bundesamtes handelt es sich bei alleinstehenden Frauen zum Großteil um Frauen im Seniorenalter, während nur ein kleiner Teil der alleinstehenden Männer Senioren sind. Im Jahr 2006 waren 50% der knapp 9,0 Millionen alleinstehenden Frauen 65 Jahre und älter, während der Anteil der Senioren an den rund 7,5 Millionen alleinstehenden Männern lediglich bei 17% lag.

Die unterschiedliche Struktur der Alleinstehenden in Deutschland zeigen die Ergebnisse des Mikrozensus. Demnach unterscheiden sich alleinstehende Frauen und Männer auch nach dem Familienstand. So waren alleinstehende Frauen im Jahr 2006 am häufigsten verwitwet (45%), während bei alleinstehenden Männern der Anteil der Ledigen (63%) am höchsten lag. Die Mehrzahl der alleinstehenden Frauen lebte überwiegend von Rente oder Pension (56%), während alleinstehende Männer ihren überwiegenden Lebensunterhalt mehrheitlich durch Erwerbstätigkeit (55%) bestritten.

Internet-Ratgeber bei unsicherer Beschäftigung

Befristet, unterbezahlt, nicht sozialversichert – für Beschäftigte in unsicheren Beschäftigungsverhältnissen hat der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) eine neue Ratgeberseite ins Internet gestellt. Befristet und Teilzeit-Beschäftigte, Minijobber, (Allein)Selbstständige, Honorarkräfte, Zeitarbeiter/innen, Ein-Euro-Jobber/innen sowie Praktikanten können sich über die zentralen Aspekte der jeweiligen Beschäftigungsform informieren.

Weitere Informationen stehen im Internet unter
www.dgb.de/themen/prekaere_beschaeftigung/faq/index.htm

Arbeitsunfälle 2006

Rund 39,1 Millionen Erwerbstätige arbeiteten im Jahr 2006 in Deutschland. Während des Jahres ereigneten sich mehr als eine Million (1.047.516) Arbeitsunfälle, von denen 941 tödlich verliefen. Nach Schätzungen der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) fielen 2006 durch Arbeitsunfähigkeit insgesamt 1,1 Millionen Erwerbsjahre aus. Dies führte zu einem Produktionsausfall anhand der Lohnkosten von etwa 36 Milliarden Euro. Durch den Verlust an Arbeitsproduktivität gingen damit der deutschen Volkswirtschaft rund 65 Milliarden Euro an Bruttowertschöpfung verloren. Diese Zahlen nennt der statistische Bericht zum Stand von Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit (SUGA, früher Unfallverhütungsbericht Arbeit), den die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) jährlich im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) erstellt.

In absoluten Zahlen stiegen die Arbeitsunfälle 2006 um knapp 18.000 Fälle oder 1,7%. Angesichts der steigenden Zahl der Erwerbstätigen blieb die Unfallquote pro 1.000 Vollarbeiter stabil (2005: 28,4; 2006: 28,3). Sinkende Zahlen lassen sich bei der Anzahl der Anerkennungen einer Berufskrankheit und den Neuverrentungen beobachten. Demgegenüber stieg die Zahl der Verdachtsanzeichen auf Berufskrankheit im Jahr 2006 um 2,6% an.

Der SUGA 2006 steht im Internet unter
www.baua.de/suga bzw.

Krankenhausaufenthalt

Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes wurden im Jahr 2006 insgesamt 17 Millionen Patientinnen und Patienten im Krankenhaus vollstationär behandelt. Krankheitsbedingt war die Herzinsuffizienz mit 317.000 Fällen der häufigste Grund für einen stationären Krankenhausaufenthalt. An zweiter Stelle liegt die Herzerkrankung Angina pectoris

(301.000), gefolgt vom Krankheitsbild „psychische und Verhaltensstörungen durch Alkohol“ (299.000).

Von den rund 17 Millionen Patienten waren 53,4% weiblich und 46,6% männlich. Das Durchschnittsalter der Behandelten lag bei 52 Jahren. Bezogen auf 100.000 Einwohner gab es 2006 insgesamt 19.651 Behandlungsfälle, das waren 0,1% mehr als im Vorjahr (19.629).

Bei den Männern war der häufigste Grund für einen vollstationären Krankenhausaufenthalt psychische und Verhaltensstörungen durch Alkohol (223.000 Fälle), gefolgt von Angina pectoris (187.000). Die Herzinsuffizienz war die dritthäufigste Diagnose bei Männern (147.000). Bei Frauen war die Herzinsuffizienz (170.000 Fälle) die häufigste Ursache für einen Krankenhausaufenthalt. An zweiter Stelle lag die bösartige Neubildung der Brustdrüse/Brustkrebs (147.000), an dritter Position Gallensteine (137.000).

In den Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen in Deutschland werden die Patienten am häufigsten wegen Arthrosen und Rückenschmerzen behandelt. In diesen Einrichtungen waren entsprechend die drei am häufigsten gestellten Hauptdiagnosen die Arthrose des Hüftgelenkes (107.000 Fälle), die Arthrose des Kniegelenkes (105.000) und Rückenschmerzen (86.000).

Krebs in Deutschland

Das Robert Koch-Institut (RKI) und die Gesellschaft der epidemiologischen Krebsregister in Deutschland e.V. (GEKID) haben die aktuellen Daten zu Krebs in Deutschland für das Jahr 2004 veröffentlicht. Die sechste Auflage der Publikation enthält Angaben zu den in Deutschland insgesamt im Zeitraum von 1980 bis zum Jahr 2004 aufgetretenen Krebsneuerkrankungen. Kurz und übersichtlich werden zu ausgewählten Einzellokalisationen Erkrankungs- und Sterberaten, Risikofaktoren, Trendverläufe sowie Überlebensaussichten dargestellt. Die Daten zu Krebserkrankungen bei Kindern werden vom Kinderkrebsregister

Mainz in einem eigenen Abschnitt beschrieben.

Die Schätzung erfolgte auf Basis der Daten vollzählig erfassender epidemiologischer Krebsregister, die der Gesellschaft der epidemiologischen Krebsregister in Deutschland angehören. Die Gesellschaft kümmert sich insbesondere um die Harmonisierung und Standardisierung der ländergesetzlich geregelten Krebsregistrierung. Der GEKID gehören neben allen epidemiologischen Krebsregistern auch Wissenschaftler aus dem Bereich der Krebsepidemiologie an.

Die Broschüre „Krebs in Deutschland“ geben RKI und GEKID alle zwei Jahre heraus. Die aktuelle Auflage erscheint erstmalig in der Reihe der Berichte der Gesundheitsberichterstattung des Bundes und steht im Internet unter
www.rki.de → *Gesundheitsberichterstattung und Epidemiologie*

Präventionsbericht Frauengesundheit

Das Bundesministerium für Gesundheit hat den Bericht „Gesundheitliche Prävention bei Frauen in der zweiten Lebenshälfte“ vorgestellt. Zur Erstellung wurde vor drei Jahren das Institut für Gerontologie an der Universität Heidelberg mit der Durchführung des Projektes betraut.

Die Untersuchung belegt geschlechtsspezifische Unterschiede in den körperlichen, psychischen und sozialen Aspekten des Alterns. Frauen haben zum Teil andere Erkrankungen, Symptome und Krankheitsverläufe als Männer. Die Studie zeigt Strategien auf, wie Frauen ab 55 Jahren gezielt bei der Erhaltung ihrer Gesundheit unterstützt werden können. Frühe gesundheitliche Prävention und ein gesunder Lebensstil erhöhen die Wahrscheinlichkeit, die Gesundheit bis ins hohe Alter zu erhalten. Der Forschungsbericht benennt die Risikofaktoren und belegt die großen Präventionspotentiale auch in der zweiten Lebenshälfte. Durch geeignete Präventionsstrategien können diese positiv beeinflusst bzw. genutzt werden.

Die Berichte (Band 1 und Band 2) stehen im Internet unter
www.bmg.bund.de → *Publikationen* → *Forschungsberichte* → *BMG-F-07042 und BMG-F-07043*

Forschen für das Leben im Alter

Technik kann das Leben sicherer und einfacher machen. Dieser Satz gilt besonders für ältere Menschen - zumindest dann, wenn die Geräte auf die Bedürfnisse von Senioren abgestimmt sind. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) wird die Forschung für die ältere Generation als neuen Schwerpunkt voranbringen. Allein für die erste Fördermaßnahme „Altersgerechte Assistenzsysteme für ein gesundes und unabhängiges Leben“ werden in den nächsten drei Jahren insgesamt 20 Millionen Euro zur Verfügung gestellt.

Der Bedarf für Technologien, die für ältere Menschen maßgeschneidert sind, ist riesig: So werden im Jahr 2030 allein in Deutschland voraussichtlich 26 Millionen Menschen 60 Jahre und älter sein. Geeignete Technik kann nach der Einschätzung von Wissenschaftlern und Ärzten dafür sorgen, dass Senioren länger ein selbstständiges Leben führen können.

Weitere Informationen zum Thema „Ambient Assisted Living“ stehen im Internet unter
www.aal-kongress.de und
www.aal-deutschland.de

Mehrgenerationenhäuser

Mit zusätzlichen Mitteln aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) konnte die Anzahl der Häuser im Aktionsprogramm von zunächst geplanten 439 auf 500 aufgestockt werden. Bis zum Beginn 2008 konnten aus insgesamt 1.700 Bewerbungen 500 Mehrgenerationenhäuser ausgewählt werden, die mit ihren Konzepten überzeugen konnten. Derzeit engagieren sich bundesweit Menschen fast

jeden Alters in rund 8.000 Angeboten in den Mehrgenerationenhäusern.

Mehrgenerationenhäuser sind offene Tagetreffpunkte, die das Miteinander der Generationen beleben und familiennahe Dienstleistungen anbieten. Über einen Zeitraum von fünf Jahren erhält jedes Haus jährlich 40.000 Euro an Förderung vom Bund über das Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend und der Europäischen Union.

Weitere Informationen stehen im Internet unter
www.mehrgenerationenhaeuser.de

rebequa

Das in zehn Bundesländern gestartete Programm steht für **regionale Beratung** von über 2.100 kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) durch rund 300 **qualifizierte Demographie-Berater** bis Ende September 2008. Diese Berater machen den Mittelstand demographie-fit. rebequa wird. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) fördert mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) sowie durch die Initiative Neue Qualität der Arbeit (INQA).

Alle rebequa Demographie-Berater und -Beraterinnen unterstützen die KMU zwischen Kiel und Konstanz nach einem einheitlichen, wissenschaftlich gesicherten Qualitätsstandard. Die Berater verfügen über ein regionales Spezialwissen. Sie sensibilisieren und beraten den Mittelstand zu strategisch wichtigen Fragen wie der Weiterbildung der Älteren und der wirtschaftlichen Entwicklung der Region. Dieses Know how wird immer stärker nachgefragt, denn die Märkte wandeln sich schnell, junge Fachkräfte sind vielerorts knapp und schon in den nächsten Jahren wird das Gros der Mitarbeiter in zahlreichen Firmen über 50 sein.

Fachleute aus den Bereichen Personal, Organisation, Weiterbildung und Handwerk, aber auch Experten des Arbeits- und Gesundheitsschutzes können sich für die Qualifizierung unter www.rebequa-qualifizierung.de bewerben.

TRENDS & FACTS

Weitere Informationen stehen im Internet unter
www.rebequa.de

Pflegedatenbank PAULA

Der BKK Bundesverband hat die bundesweite Pflegedatenbank PAULA® für alle Versicherten freigeschaltet. Pflegebedürftige und Angehörige können hier ein passendes Pflegeheim, einen ambulanten Pflegedienst, spezielle Betreuungsangebote für Demenzkranke und Behinderte oder ein Hospiz finden. Die Datenbank liefert eine Übersicht über 35.000 Leistungsangebote. Nutzerfreundliche Suchfunktionen wie die Eingabe der Pflegeart, also ambulante oder stationäre Pflege, die Postleitzahl und die Eingrenzung auf einen Umkreis von 5 bis 100 km ermöglichen eine schnelle Auswahl.

Bundesweit erstmalig bietet die Pflegedatenbank einen Preisvergleich ambulanter Pflegeeinrichtungen an. Die Datenbank stellt für jeden Pflegedienst eine komplette Preisliste zur Verfügung. Im Bereich der stationären Pflege erhalten Interessierte ebenfalls gestaffelt je nach Pflegestufe eine Preisauskunft über das monatliche Heimentgelt, über den Anteil der Pflegekassen und den Anteil des Versicherten. Die Betreuungsangebote erstrecken sich über vollstationäre Pflege, Kurzzeitpflege, Tagespflege, Nachtpflege, Hospize/Kinderhospize, ambulante Pflege sowie spezielle Betreuungsangebote für Demenzerkrankte und Behinderte. In der Rubrik vollstationäre Pflege kann nach Einrichtungen für einzelne Erkrankungen wie z. B. Demenz oder Multiple Sklerose, aber auch nach Blinden- oder Pflegeeinrichtungen für Kinder und Jugendliche gesucht werden.

Die Datenbank steht im Internet unter
www.bkk-pflege.de

Familien-Wegweiser

Familien werden in Deutschland finanziell vielfältig unterstützt. Was bei Elterngeld, Elternzeit, Kindergeld, Kinderzuschlag, der steuerlichen Berücksichtigung von Kinderbetreuungskosten, Ausbildungsförderung und weiteren Hilfsangeboten möglich ist, wie und wo man es beantragen kann, darüber gibt die überarbeitete Neuauflage der Broschüre „Familien-Wegweiser – Staatliche Hilfen im Überblick“ Auskunft.

Umfangreicher sind die Informationen, die das Internet-Informationsportal des Bundesfamilienministeriums bereithält. Hier finden sich zahlreiche Informationen zu familienrelevanten Leistungen, zu Beratungs- und Dienstleistungsangeboten einschließlich eines Wegweisers zu den zuständigen Ämtern und Behörden. Einen besonderen Service bietet die Rubrik „Familie regional“, die nach Eingabe der Postleitzahl den Zugang zu den örtlichen Ansprechpartnern für staatliche Leistungen in der jeweiligen Kommune ermöglicht.

Weitere Informationen stehen im Internet unter
www.familien-wegweiser.de

Bundeskatalog der BAuA

Rechnung tragen und insbesondere gefährdete Menschen in schwierigen Lebenssituationen ansprechen. Der Schwerpunkt liegt auf Maßnahmen, die neue Zugangswege zu bisher von der Prävention weniger gut erreichten Menschen aufzeigen und die helfen, sprachliche und kulturelle Barrieren in der Prävention zu überwinden. Die Bewerbungsfrist endet am 15. Juli 2008.

Weitere Informationen stehen im Internet unter
www.wettbewerb-aids.de

Bibliothekskatalog der BAuA

Ab sofort bietet die Bibliothek der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) ihren Bibliothekskatalog online an. Der neue Service in Form eines WEB-OPAC (Online Public Access Catalogue) befindet sich im Bereich Bibliothek auf der BAuA-Homepage. Damit lässt sich im Großteil der rund 200.000 Medien aus dem Themenbereich „Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit“ vom Rechner aus recherchieren. Beim Angebot handelt es sich vorrangig um Monographien, Zeitschriften und Serien einschließlich grauer Literatur. Dabei liegt der Schwerpunkt auf der Fachliteratur der vergangenen zehn Jahre. Bis auf Zeitschriften stehen alle Medien zur entgeltlosen Ausleihe auch auf dem Postweg zur Verfügung.

Die Bibliothek steht im Internet unter
www.baua.de/bibliothek

Suchmaschine für Verbraucher

Das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) bietet eine neue Internet-suchmaschine für Verbraucher an. „Clewwa – die schlaue Suchmaschine für Verbraucher“ sucht im Gegensatz zu gewöhnlichen Suchmaschinen Informationen aus einem umfassenden, fest definierten Katalog relevanter Internetseiten, der ohne Ansehen der vertretenen Positionen zusammenge-

stellte wurde. Der Suchkatalog umfasst die Themen Lebensmittel, Kosmetik, Textilien, Tabak, Bedarfsgegenstände, Futtermittel, Pflanzenschutz, Tiergesundheit, Umwelt, Gentechnik und Verbraucherschutz.

Bei der Suche mit „Clewwa“ können Nutzer die angezeigten Ergebnisse einschränken und sich beispielsweise nur Links zu ihrem Suchbegriff anzeigen lassen, die von Behörden oder Universitäten stammen, von Unternehmen oder Verbraucher- und Umweltverbänden. Diese Auswahlmöglichkeit nach Kategorien und die Reduktion auf wirklich relevante Internetseiten sind Pluspunkte, mit denen sich Clewwa positiv von gängigen Suchmaschinen abhebt.

Das BVL hat die Suchmaschine Clewwa gemeinsam mit dem Regionalen Rechenzentrum für Niedersachsen der Universität Hannover entwickelt und steht im Internet unter www.clewwa.de

Innovationskreis Weiterbildung

Der vom BMBF eingesetzte Innovationskreis Weiterbildung (IKWB) hat zehn Empfehlungen für eine Konzeption zur Gestaltung des Lernens im Lebenslauf vorgelegt. Er hat eine Reihe von Umsetzungsvorschlägen für die Bundesregierung erarbeitet. Dazu gehören die Verbesserung der Durchlässigkeit und Verzahnung der Bildungsbereiche, der Ausbau von Beratungsmöglichkeiten sowie eine effektivere Integration durch Bildung.

Die Experten betonen, dass sich die Empfehlungen nicht allein an den Staat richten, der für die Rahmenbedingungen des Lernens im Lebenslauf verantwortlich sei. Auch Unternehmen, Sozialpartner, Verbände, Bildungsträger, öffentliche Arbeitgeber sowie alle Bürgerinnen und Bürger müssten sich der Verantwortung für die Gestaltung des Lernens im Lebenslauf stärker bewusst werden. Die Umsetzung der Empfehlungen sei eine Anstrengung, die nur gemeinsam zu bewältigen sei. Zudem soll in der Öffentlichkeit für die Beteiligung

am Lernen im Lebenslauf stärker geworben werden.

Die Empfehlungen des IKWB stehen im Internet unter: www.bmbf.de/pub/empfehlungen_innovations-kreis_weiterbildung.pdf

LEBEN IN EUROPA 2006

LEBEN IN EUROPA 2006 ist eine Erhebung, die EU-weit vergleichbare Daten über Armut und soziale Ausgrenzung ermittelt. Für LEBEN IN EUROPA 2006 wurden in Deutschland rund 13.800 private Haushalte sowie rund 26.000 Personen ab 16 Jahren in diesen Haushalten befragt. Erste Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes zeigen, dass im Jahr 2005 knapp 13 % der Bevölkerung in Deutschland armutsgefährdet waren. Die Armutsgefährdungsquote – das ist nach EU-Definition der Anteil der Personen, der mit weniger als 60 % des mittleren Einkommens der gesamten Bevölkerung auskommen muss – lag 2005 in den neuen Ländern und Berlin bei gut 15 %, im früheren Bundesgebiet bei knapp unter 12 %.

Das errechnete mittlere verfügbare Jahreseinkommen der Bevölkerung Deutschlands lag im Jahr 2005 bei 15.617 Euro pro Person. Allein lebende Personen waren nach EU-Definition dann armutsgefährdet, wenn sie weniger als 9.370 Euro (oder 781 Euro monatlich) zum Leben hatten. Ein Haushalt mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern unter 14 Jahren war bei einem verfügbaren Jahreseinkommen von weniger als 19.677 Euro (oder 1.640 Euro monatlich) armutsgefährdet.

Wie die Ergebnisse aus LEBEN IN EUROPA 2006 weiter zeigen, war die ältere Generation (65-Jährige und Ältere) im früheren Bundesgebiet überdurchschnittlich (14 %) von Armut betroffen, in den neuen Ländern und Berlin dagegen lag sie mit einer Armutsgefährdungsquote von 9 % deutlich unter dem Durchschnitt der Bevölkerung.

Erwerbstätigkeit mindert das Armutsrisko. So waren bundesweit nur 5,5 % der im Jahr 2005 überwiegend (mehr als sechs Monate) Erwerbstätigen von Armut betroffen. Die Zahlung staatlicher Transferleistungen reduziert die Armutgefährdungsquote der Bevölkerung deutlich: Bundesweit lag die Armutssquote vor Sozialtransfers (außer Pensions- und Rentenzahlungen) bei 26 % und nach Sozialtransfers nur noch bei 13 %. Die staatliche Hilfe greift in ganz besonderem Maße bei jungen Menschen unter 18 Jahren (Armutgefährdungsquote vor Sozialtransfers: 34 %; nach Sozialtransfers: 12 %).

Europäische Bürgerrechte

Die Europäische Kommission hat ihre fünfte Bestandsaufnahme zur Umsetzung europäischer Bürgerrechte vorgelegt. Der Bericht untersucht, inwieweit die im EG-Vertrag festgelegten Bestimmungen zur Unionsbürgerschaft zwischen Mai 2004 und Juli 2007 angewandt wurden.

Die europäischen Bürgerrechte werden in den Artikeln 18 bis 21 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft definiert. Dazu gehören insbesondere das Recht, sich innerhalb der EU frei zu bewegen, das aktive und passive Wahlrecht bei den EP-Wahlen und bei Kommunalwahlen im Wohnsitz-Mitgliedstaat, das Recht auf diplomatischen und konsularischen Schutz in Drittländern sowie das Recht, Petitionen an das Europäische Parlament und Beschwerden an den Bürgerbeauftragten zu richten. Der Schwerpunkt des Kommissionsberichts liegt auf der Entwicklung dieser Rechte. Darüber hinaus beschäftigt sich der Bericht aber auch mit verwandten Bereichen wie der Gleichbehandlung und dem Schutz der Grundrechte.

Der Bericht der Kommission zur Unionsbürgerschaft steht im Internet in englischer Sprache unter http://ec.europa.eu/justice_home/news/information_dossiers/5th_citizenship_index_en.htm